



Bahnübergänge: Mehr Todesopfer

Mit Werbespots will das Bundesamt für Verkehr auf die Gefahren beim Überqueren hinweisen

Die Zahl der tödlichen Unfälle auf Bahnübergängen ist seit 2006 gestiegen. Politiker fordern nun, die Sanierung der rund 2600 Übergänge zu beschleunigen.

JESSICA PFISTER

Bereits zwei Menschen haben dieses Jahr auf einem Bahnübergang ihr Leben verloren. Im Januar wurde eine 23-jährige Frau in Langenthal (BE) auf einem Bahnübergang von einer Lokomotive erfasst und getötet – im Februar starb ein Autolenker nach einer Kollision mit einem Schnellzug auf dem Bahnübergang in Reiden (LU).

Jedes Jahr kommt es in der Schweiz zu rund 200 Unfällen auf Bahnübergängen. 2009 starben dabei 6 Personen – das sind

drei Todesfälle mehr als noch im Jahr 2006.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus den Untersuchungen von Unfällen sind:

- die meisten Unfälle geschehen aus Unaufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer
- die Mehrzahl der an Unfällen beteiligten Personen ist ortskundig, kennt den Bahnübergang und benutzt ihn regelmässig
- Am gefährlichsten sind Übergänge mit nur einem Andreaskreuz.

Um die Sicherheit auf den Bahnübergängen zu erhöhen, macht das Bundesamt für Verkehr seit Dienstag eine Woche lang mit zwei Werbespots im

Schweizer Fernsehen auf die Gefahren aufmerksam (siehe Bild).

Für SVP-Nationalrat Rudolf Joder, der eine Interpellation für sichere Bahnübergänge eingereicht hat, reicht das nicht aus. «Die Sanierung der Übergänge muss schneller vorangehen.» Auch SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr hat vor zwei Jahren eine entsprechende Motion eingereicht.

Laut Peter Vollmer, Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr und Mitglied der Taskforce Bahnübergänge, ist man mit der Sanierung auf einem guten Weg. «184 der 190 besonders gefährlichen Bahnübergänge sind saniert.» Das Ziel der im Jahr 2004 von Bundesrat Moritz Leuenberger gegründeten Taskforce war jedoch, alle 190 Übergänge,

bei denen ein Zug weniger als sechs Sekunden vor dem Eintreffen zu sehen ist, bis spätestens Ende 2008 zu erneuern.

«Der Grund für die Verzögerungen waren meist Einsparungen von Grundeigentümern», so Vollmer. Es bleiben aber immer noch weitere 2600 Bahnübergänge, die nicht den gesetzlichen Normen entsprechen. Das ehrgeizige Ziel der Taskforce ist es, diese bis 2014 aufzuheben oder zu sichern.

Vollmer zeigt sich optimistisch: «Wichtig ist, dass wir einfachere Lösungen für die Sanierungen finden.» Statt Luxusmodelle wie beispielsweise Unterführungen, soll eine sogenannte «Microlösung» ins Spiel kommen. Dabei handle es sich um ein Rotlicht, welches mit einer Bahnübergangswarnung verknüpft ist.